

Wädenswil, 18. März 1996

KR-Nr. 67/1996

MOTION von Kurt Schreiber (EVP, Wädenswil)

betreffend ZVV-Tariferhöhungen

Der Regierungsrat wird ersucht, das Personenverkehrsgesetz so zu ändern, dass künftig Tarifierhöhungen des ZVV dem Volk zur Entscheidung vorzulegen sind, wenn gleichzeitig keine SBB-Tarifierhöhungen vorgenommen werden.

Kurt Schreiber

Begründung:

Innerhalb von wenigen Jahren hat der ZVV die Tarife massiv erhöht. In den meisten Fällen liefen sie kongruent mit denjenigen der SBB. Per 1. Juni 1996 gehen Regierungsrat und ZVV eigene Wege: Der ZVV-Tarif wird erhöht, ohne dass derjenige der SBB eine Anpassung erfährt. Dies bewirkt eine ungleiche Behandlung der Benutzer und Benutzerinnen der öffentlichen Verkehrsmittel: Dort, wo nur die SBB benutzt werden, wird ein Mehrpreis erhoben, wofür keine Begründung besteht. Die Preiserhöhung wäre also höchstens für die Reisenden in Trams und Bussen begründbar.

Das freiwillige Umsteigen auf das öffentliche Verkehrsmittel wird damit noch mehr erschwert mit der Folge, dass die Defizite des ZVV noch höher ausfallen, was unweigerlich Angebotsverschlechterungen mit sich bringt, wie dies im Falle der Stadt Winterthur bereits vorgesehen ist. Als weitere Folge dieser Politik wird die Luftqualität nicht verbessert, obwohl sich der Regierungsrat auch in dieser Beziehung Ziele gesteckt und das öffentliche Verkehrsmittel als Mittel zum Zweck vorgesehen hat.

Die Strassenverkehrsabgaben sind seit 1972 nie mehr erhöht worden, weil sie dem Volk zur Entscheidung vorgelegt werden mussten und weil bisher alle Vorschläge abgelehnt worden sind. Im Sinne einer Gleichbehandlung von Schiene und Strasse ist es nur folgerichtig, dass für die Tarife des ZVV gleiche Regeln gelten.